

**Beschlusscontrolling 2019**

**Ausschuss für Anregungen und Beschwerden**

<b>Datum der Sitzung</b>	<b>Vorlage-Nr.</b>	<b>Thema der Anregung oder Beschwerde</b>	<b>Beschluss / Auftrag an die Verwaltung (verkürzter Beschlusstext)</b>	<b>Sachstand / Bemerkung</b>
05.02.2019	2137/2018	Wiederinbetriebnahme Liegeplätze Deutzer Werft, Nothafen Deutze Hafen, Kaianlagen Rheinauhafen, AZ.: 02-1600-32/18	Eingabe wurde zurückgezogen.	Eingabe wurde vom Petenten zurückgezogen.
05.02.2019	3330/2018	Überprüfung der Kaianlagen in Köln, AZ.: 02-160-54/2018	Eingabe wurde zurückgezogen.	Eingabe wurde vom Petenten zurückgezogen.
05.02.2019	3780/2018	Schaffung von Liegeplätzen für die Rheinschiffahrt, AZ.: 02-1600-202/18	Eingabe wurde zurückgezogen.	Eingabe wurde vom Peteten zurückgezogen.
05.02.2019	3846/2018	Ausweitung des städtischen Weihnachtsschmucks im Kölner Stadtgebiet, AZ.: 02-1600-208/18	Der Ausschuss empfiehlt der Verwaltung, die Ausgestaltung der Straßenräume mit weihnachtlichem Schmuck weiterhin den bezirklichen Interessengemeinschaften in Eigeninitiative zu überlassen.	Ursprüngliche Eingabe abgelehnt.
05.02.2019	3477/2018	Einrichtung einer Buslinie zwischen Westhoven - Kölner Straße der Linie 7 und linksrheinisch Heinrich-Lübke-Ufer über die A4, AZ.: 02-1600-117/17	Die Einrichtung einer Busverbindung zwischen Porz und Rodenkirchen ist höchst sinnvoll und sollte kurzfristig in Angriff genommen werden. Der Ausschuss schließt sich den Beschlüssen der Bezirksvertretungen Rodenkirchen und Porz an. Der Ausschuss bittet den VA dringend, die Verwaltung zu beauftragen, kurzfristig die angesprochenen Haltepunkte nochmals zu untersuchen und ggf. durch eine Umgestaltung der Straßenräume Möglichkeiten für einen Bushalt zu schaffen. Sollte dies nicht möglich sein, soll die Verwaltung ersatzweise aufgefordert werden, einen alternativen Ort für eine Bushaltestelle zu finden, der eine vergleich-bare Umsteigequalität besitzt, aber einfacher hergerichtet werden kann. Falls es dafür erforderlich werden sollte, die Busstrecke zu einer jeweils weiter liegenden Busendhaltestelle zu verlängern, ist dies umzusetzen. Die Einrichtung der Busverbindung sollte spätestens zum Fahrplanwechsel Ende 2020 realisiert werden. Über das Ergebnis sind Bezirksvertretung Rodenkirchen und Porz sowie der Ausschuss zu informieren.	<b>Amt für Straßen und Verkehrsentwicklung</b> Der Bürgerin wurde am 05.03.2019 auf Nachfrage eine Email geschickt und das weitere Vorgehen erläutert. Der Beschluss wird im Rahmen der zur Verfügung stehenden personellen Kapazitäten bearbeitet und dem Verkehrsausschuss einen Beschlussvorschlag zur Entscheidung vorlegt. Mit einer Einrichtung der vorgeschlagenen Busverbindung zwischen Porz und Rodenkirchen ist frühestens – wie beschlossen – im Dezember 2020 zu rechnen.

**Beschlusscontrolling 2019**

**Ausschuss für Anregungen und Beschwerden**

<b>Datum der Sitzung</b>	<b>Vorlage-Nr.</b>	<b>Thema der Anregung oder Beschwerde</b>	<b>Beschluss / Auftrag an die Verwaltung (verkürzter Beschlusstext)</b>	<b>Sachstand / Bemerkung</b>
05.02.2019	2707/2018	Drogenproblematik in Köln - lizenzierte Abgabe von Cannabis-Produkten, AZ.:02-1600-57/18	Der Ausschuss beschließt den Vorschlägen des Petenten, ein Verbot von Cannabis im Kölner Stadtgebiet auf Grundlage der allgemeinen Gefahrenabwehr einzuführen, nicht zu folgen.	Ursprüngliche Eingabe abgelehnt.
05.02.2019	3929/2018	Ausbau HotSpots NetCologne, AZ.: 02-1600-221/18	Diese Vorgehensweise ist bereits ein Ziel der Ausbauplanung und wird gerade mit der aktuellen Erweiterung des hotspot.koeln-Netzes besonders verfolgt. Der Ausschuss bittet die Verwaltung, die diesbezüglichen Bemühungen auch bei künftigen Erweiterungen fortzusetzen.	<b>Amt für Informationsverarbeitung</b> Die diesjährigen Aktivitäten zur Erweiterung des hotspot.koeln-Netzes gemeinsam mit NetCologne führten zu einer Zunahme des Netzes um rd. 150 Antennen, zu wesentlichen Teilen in den Veedeln und dort – in Abstimmung mit den jeweiligen Bezirksbürgermeistern bzw. Bezirksvertretungen – zu einer Lokalisierung in Einkaufsstraßen und wesentlichen Plätzen. Auch in 2020 wird der Ausbau u.a. in diesen Bereichen weitergehen. Zudem ist eine Karte mit allen öffentlichen Hotspots auf der Webseite von NetCologne zu finden, wo man sich detailliert über die einzelnen Ausbacluster informieren kann. <a href="https://netcologne-unternehmen.de/engagement/hotspot-koeln/">https://netcologne-unternehmen.de/engagement/hotspot-koeln/</a>
05.02.2019	0002/2018	Tabakwerbeverbot in Köln, AZ.:02-1600-250/18	Aus rechtlichen Gründen kann der Anregung nicht gefolgt werden.	Ursprüngliche Eingabe abgelehnt.
05.02.2019	0250/2019	Schließung der hausärztlichen Notfallpraxis in Köln-Chorweiler, AZ.: 01/19	Das Thema der Neuorganisation der ambulanten Notdienstpraxen soll an die Verwaltung verwiesen werden mit dem Auftrag, Gespräche mit der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein und anderen diesbezüglichen relevanten Gremien zu führen und darauf hinzuwirken, dass sowohl die Anzahl wie auch die Verteilung der Notdienstpraxen (z.B. Notfallpraxis Chorweiler) im gesamten Stadtgebiet verbessert wird oder andere vergleichbare adäquate Lösungen gefunden werden. Über das Ergebnis soll die Verwaltung eine Rückmeldung an den Gesundheitsausschuss wie auch den Hauptausschuss und den Ausschuss für Anregungen und Beschwerden geben.	<b>Gesundheitsamt</b> Siehe Mitteilung 0380/2020 Sitzung AuB vom 17.03.2020 bzw. 23.06.2020

**Beschlusscontrolling 2019**

**Ausschuss für Anregungen und Beschwerden**

<b>Datum der Sitzung</b>	<b>Vorlage-Nr.</b>	<b>Thema der Anregung oder Beschwerde</b>	<b>Beschluss / Auftrag an die Verwaltung (verkürzter Beschlusstext)</b>	<b>Sachstand / Bemerkung</b>
05.02.2019	0047/2019	Besuchsregelung in Gegenden mit Bewohnerparkregelung, AZ.: 02-1600-218/18	Der Ausschuss beschließt eine alternative Parkregelung für Besucherinnen und Besucher abzulehnen.	Ursprüngliche Eingabe abgelehnt.
19.03.2019	0316/2019	Einführung zweier autofreier Sonntage, AZ.:02-1600-150/18	Der Ausschuss begrüßt die Maßnahmen der Verwaltung zur weiteren Reduzierung des MIV und bittet sie, diese unter Einbeziehung des Vorschlags des Petenten fortzuführen.	<b>Amt der Oberbürgermeisterin - Stabstelle Events</b> Eine Autofreie Zone war zum NRW-Tag (21.08.-23.08.2020) geplant. Da der NRW-Tag dieses Jahr aufgrund des Verbots von Großveranstaltungen durch die Corona Krise nicht stattfinden kann, fällt dieses Vorhaben auch aus. Für das Jahr 2021 gibt es derzeit noch keine Planungen.
19.03.2019	3525/2018	Schaffung eines "Hauses der Geschichte", AZ.: 02-1600-169/18	Der Ausschuss begrüßt das Anliegen und verweist es in den Kulturausschuss. Er bittet die Verwaltung, unter Beteiligung von Vertretern der Petenten und des Kulturausschusses Gespräche mit der Zielsetzung eines wissenschaftlichen Austauschs, einer verbesserten Dokumentation der Kölner Stadtteilgeschichte und weiterer geschichtlicher Sammlungen zu führen.	<b>Historisches Archiv</b> Mitteilung AuB am 17.03.2020 bzw. 23.06.2020, Session Nr. 0543/2020
19.03.2019	3756/2018	Unterbringung Geflüchteter in Eckdorfer und Pingsdorfer Straße, AZ.:196/18	Die Festlegung der Belegung der Unterbringungsstandortes Eckdorfer Straße 9 und Pingsdorfer Straße 10 in Raderthal obliegt als ordnungsbehördliche Aufgabe der Oberbürgermeisterin als Ordnungsbehörde, vertreten durch das Amt für Wohnungswesen. Eine Bürgerbeteiligung an der hoheitlichen Belegungsentscheidung ist gesetzlich nicht vorgesehen und muss sich daher auf Anregungen beschränken. Die Beschlussvorschläge werden daher abgewiesen.	Ursprüngliche Eingabe abgelehnt.

**Beschlusscontrolling 2019**

**Ausschuss für Anregungen und Beschwerden**

Datum der Sitzung	Vorlage-Nr.	Thema der Anregung oder Beschwerde	Beschluss / Auftrag an die Verwaltung (verkürzter Beschlusstext)	Sachstand / Bemerkung
19.03.2019	0811/2019	Stadttaubenproblematik, AZ.: 17/19 und 176/18	Der Ausschuss empfiehlt der Verwaltung, das Projekt "Betreuter Taubenschlag" am Hansaring zu realisieren und bei einer erfolgreichen Auswertung weitere Standorte für "Betreute Taubenschläge" zu prüfen. Die Verwaltung wird gebeten die Kosten zu ermitteln, den Ausschuss Umweltschutz und Grün sowie den Gesundheitsausschuss zu beteiligen und dem Ausschuss Anregungen und Beschwerden ein Feedback zu geben.	<b>Umwelt- und Verbraucherschutzamt</b> Siehe Mitteilung 3211/2019 AuB 29.10.2019 und Presse-Info vom 20.03.2020 : Das Taubenhaus am Hansaring wird gut angenommen. "Wenn das zunächst auf eineinhalb bis zwei Jahre angesetzte Pilotprojekt erfolgreich ist, wird das Umweltamt geeignete Standorte suchen, um weitere Taubenhäuser zu errichten. Nach Möglichkeit noch für die erste Jahreshälfte 2020 plant die Verwaltung eine öffentliche Informationsveranstaltung, zu der das Umwelt- und Verbraucherschutzamt zeitnah einlädt."
14.05.2019	2712/2018	Förderung der Fahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln wie in Bologna, AZ.: 51/19 B	Der Ausschuss dankt dem Petenten für seine Eingabe, die Fahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder mit dem Fahrrad über ein Belohnungssystem wie in Bologna zu unterstützen. Maßnahmen zur Beeinflussung des individuellen Mobilitätsverhaltens sind Teil des im Rat beschlossenen Klimaschutzmaßnahmenumsetzungsprogramms "KölnKlimaAktiv 2022". Der Ausschuss bittet die Verwaltung, den Vorschlag bei der Umsetzung mit einzubeziehen und schnellstmöglich umzusetzen.	<b>Koordinationsstelle Klimaschutz</b> Siehe Mitteilung AuB 03.09.2019 Session Nr.: 2810/2019 und Pressemitteilung vom 01.10.2019 zum Thema Kölner Klimaradeln. Derzeit ist die Verwaltung noch in der Planung bzw. Überlegung wie eine weitere Zusammenarbeit mit Radbonus aussehen könnte.

**Beschlusscontrolling 2019**

**Ausschuss für Anregungen und Beschwerden**

Datum der Sitzung	Vorlage-Nr.	Thema der Anregung oder Beschwerde	Beschluss / Auftrag an die Verwaltung (verkürzter Beschlusstext)	Sachstand / Bemerkung
14.05.2019	1223/2019	Resolution zur Ausrufung des Climate Emergency, AZ.: 69/19 B	Der Ausschuss verweist die Eingabe an den zuständigen Fachausschuss für Umwelt und Grün und empfiehlt dringend, dass der Ausschuss für Umwelt und Grün die Eingabe zur Beratung in den Rat gibt.	<p><b>Koordinationsstelle Klimaschutz</b> Siehe Ratsbeschluss 1223/2019 vom 09.07.2019. Der Rat bekräftigt seinen Beschluss vom 14.02.2019 zum Maßnahmenprogramm „KölnKlimaAktiv 2022“ als verbindliche Verpflichtung für den Klimaschutz und Grundlage für erfolgreiche kommunale Klimaschutzaktivitäten. Die dort enthaltenen Anregungen müssen mit erheblicher Energie und Geschwindigkeit umgesetzt werden, um die gesteckten Klimaschutzziele zu erreichen.“ Die von der Verwaltung zu dieser Ratssitzung erarbeitete Beschlussvorlage zum Klimanotstand schafft hierzu die notwendigen Grundlagen.</p> <p>Der Rat regt die Einführung eines Klimaschutzgesetzes auf Bundesebene an, dessen Maßnahmen an den Forderungen des Pariser Abkommens ausgerichtet sind. Das Gesetz soll sicherstellen, dass die bereits vereinbarten Reduktionsziele eingehalten werden und dass das Ziel der Klimaneutralität in Deutschland spätestens bis 2050 vollständig erreicht wird. Der Rat ruft zu einer umfassenden Informationskampagne auf Bundes- und Landesebene über den Klimawandel, seine Ursachen und Auswirkungen sowie über die Maßnahmen, die gegen den Klimawandel ergriffen werden, auf. Die Stadt Köln regt an, dass die Bundesregierung Förderprogramme und Instrumente entwickelt, die Kommunen und Kreise bei der Entwicklung und Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen nachhaltig unterstützen.</p>
14.05.2019	0550/2019	Vergabe an Sicherheitsunternehmen, die Stachelwürger bei Hunden einsetzen, AZ.: 02-1600-255/18	Der Ausschuss befürwortet die Vergabe von Aufträgen an Sicherheitsfirmen mit Hundeführern, die nach tier-schutzgerechten Ausbildungsmethoden arbeiten und beauftragt die Verwaltung und die stadt-eigenen Gesell-schaften, künftig keine Aufträge an Unternehmen zu vergeben, die Stachelhalsbänder einsetzen.	Eingabe erledigt.

**Beschlusscontrolling 2019**

**Ausschuss für Anregungen und Beschwerden**

<b>Datum der Sitzung</b>	<b>Vorlage-Nr.</b>	<b>Thema der Anregung oder Beschwerde</b>	<b>Beschluss / Auftrag an die Verwaltung (verkürzter Beschlusstext)</b>	<b>Sachstand / Bemerkung</b>
14.05.2019	1331/2019	Barrierefreiheit öffentliche Bekanntmachungen, AZ.: 02-1600-219/18	Der Ausschuss beschließt aus nachfolgenden Gründen die Anregung zur barrierefreien Veröffentlichung in der Tageszeitung zusätzlich zur öffentlichen Bekanntmachung abzulehnen. <b>Die Eingabe wird in den Beirat für Öffentlichkeitsarbeit verwiesen.</b>	<b>Amt für Integration und Vielfalt</b> Die Stadtverwaltung prüft, ob öffentliche Bekanntmachungen der Stadt Köln, beispielsweise in Tageszeitungen, anders gestaltet werden können, um den Anforderungen der Barrierefreiheit hinsichtlich Schriftgröße zu entsprechen. Über die Ergebnisse und mögliche Konsequenzen wird die Stadtverwaltung nach Prüfung der rechtlichen Voraussetzungen berichten.
14.05.2019	2587/2018	Verkehrsberuhigung & Verkehrsplanung Vogelsanger Str. (zwischen Helmholtz-straße und äußere Kanal-straße (Az: 02-1600-18/18)	Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung die Ergebnisse des Bürgerdialogs am 02.04.2019 bei ihrer Planung zu berücksichtigen.	<b>Amt für Straßen und Verkehrsentwicklung</b> Die angekündigten straßenbaulichen Maßnahmen sind ausnahmslos im Sommer 2019 durchgeführt und abgeschlossen worden. Die Fertigstellung des Schutzstreifens erfolgte im November 2019.
14.05.2019	1839/2017	Geschwindigkeitsbeschränkung auf dem Zollstockgürtel, AZ.: 02-1600-50/17	Eine Entscheidung über die zulässige Höchstgeschwindigkeit soll erst nach Vorlage des Lärmgutachtens und der entsprechenden Empfehlung getroffen werden. <b>Die Ergebnisse des Lärmgutachtens sind dem Ausschuss für Anregungen und Beschwerden vorzulegen.</b>	<b>Amt für Verkehrsmanagement</b> Der gesamte Vorgang inklusive des erforderlichen Lärmgutachtens befindet sich zur Zeit noch in Bearbeitung und wird auch noch einige Zeit in Anspruch nehmen. An dem Vorgang sind mehrere Ämter, Dienststellen und ein externes Ingenieurbüro beteiligt.
14.05.2019	1483/2019	Anhebung der Tarif-Nrn. 4.2 und 8 Sondernutzungssatzung an öffentlichen Straßen, AZ.: 98/19 B	Die Verwaltung wird beauftragt, die vorgeschlagenen Änderungen im Gebührentarif der Sondernutzungssatzung bei den Tarif-Nrn. 4.2 und 8 bei der nächsten Satzungsänderung zu prüfen und die Gebührenhöhe im Rahmen der gesetzlichen Kriterien anzupassen.	<b>Bauverwaltungsamt</b> Eine Überarbeitung der Sondernutzungssatzung steht frühestens in 2 Jahren an. Dann wird die vom Petenten aufgeworfene Fragestellung hinsichtlich ihrer rechtlichen Umsetzbarkeit überprüft und je nach Prüfungsergebnis den politischen Entscheidungsgremien ein entsprechender Beschlussvorschlag unterbreitet.

Beschlusscontrolling 2019

Ausschuss für Anregungen und Beschwerden

Datum der Sitzung	Vorlage-Nr.	Thema der Anregung oder Beschwerde	Beschluss / Auftrag an die Verwaltung (verkürzter Beschlusstext)	Sachstand / Bemerkung
14.05.2019	0665/2019	Machbarkeitsstudie leistungsfähige RadPendlerRouten im Rechtsrheinischen, AZ.: 02-1600-170/18	<p>Der Ausschuss schließt sich dem Votum der Bezirksvertretung Mülheim an: 1. Die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie RadPendlerRouten im Rechtsrheinischen inklusive der Trassenführung im Projekt <b>und der in Teilen alternativen Trassenführung der Initiative "Radschnellweg" GL-K</b> werden zur Kenntnis genommen. 2. Die Entwicklung von leistungsfähigen RadPendlerRouten zwischen Köln und dem rechtsrheinischen angrenzenden Siedlungsraum wird als wichtiger Baustein der Nahmobilität und der Entwicklung in der Region befürwortet. 3. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Basis der positiven Ergebnisse der Potentialanalyse und der Darstellung der grundsätzlichen Machbarkeit für die vier Trassen der RadPendlerRouten, die nächsten Planungsschritte mit den beteiligten Gebietskörperschaften einzuleiten. <b>Für die Strecke Bergisch Gladbach - Köln ist die vorgeschlagene Trassenführung der Initiative "Radschnellweg GL-K" gleichwertig mit der Vorzugsvariante der Verwaltung zu prüfen.</b> 4. Die Verwaltung wird beauftragt die bestehende interkommunale Kooperation fortzuführen und regelmäßig über den Projektstand in den Fachgremien zu berichten. 5. Die Verwaltung wird beauftragt, in Kooperation mit den Projektpartnern, alle Fördermöglichkeiten zur Umsetzung des Projektes auszuschöpfen und das Gesamtprojekt RadPendlerRouten im Rechtsrheinischen in den Qualifizierungsprozess der REGIONALE 2025 einzuspeisen. 6. <b>Die Planungen sind maximal zu beschleunigen.</b></p>	<p><b>Amt für Straßen und Verkehrsentwicklung</b> Die erfolgreiche regionale Zusammenarbeit zur Förderung des Radverkehrs soll weiter fortgeführt werden und aus diesem Grunde wird derzeit eine entsprechende Kooperationsvereinbarung vorbereitet. Ab 2020 sollen auf der Grundlage der Vorzugstrassen die nächsten Planungsschritte eingeleitet werden, bei der auch die breite Bürgerschaft in den Planungsprozess entsprechend eingebunden werden soll.</p>

Beschlusscontrolling 2019

Ausschuss für Anregungen und Beschwerden

Datum der Sitzung	Vorlage-Nr.	Thema der Anregung oder Beschwerde	Beschluss / Auftrag an die Verwaltung (verkürzter Beschlusstext)	Sachstand / Bemerkung
02.07.2019	1939/2019	Stoppt Braunkohle in Köln-Merkenich, AZ.: 67/19 B	Der Ausschuss dankt den 3.137 Petenten (Stand 03.06.2019) für die Eingabe. Der Forderung der Peteten, seitens der Stadt Köln gegenüber der RheinEnergie AG die Abschaltung des Braunkohle-blocks im Heizkraftwerk Merkenich durchzusetzen, wird - <b>rechtliche, industrielle, gesamtstädtische Belange und den Ratsbeschluss vom 04.04.2017</b> würdigend - entsprochen.	<p><b>Rheinenergie</b>  Die RheinEnergie AG wird den Braunkohleblock im HKW Merkenich deutlich vor dem Ende der technischen Lebensdauer stilllegen. Jedoch konnte keine Aussage zu einem konkreten Zeitintervall getroffen werden. In ihrem am 20. September 2019 veröffentlichten Sechs-Punkte-Plan zum Klimaschutz für Köln hat die RheinEnergie AG mittlerweile ihre Pläne für die klimaschonende Versorgung der Stadt Köln und der Region vorgestellt. In Bezug auf die heute noch notwendige kohlebetriebene Energie- und Wärmeversorgung plant die RheinEnergie eine kohlefreie Modernisierung bis zum Jahr 2025 zur klimaschonenden Versorgung des Kölner Nordens. Hier prüft die RheinEnergie AG zurzeit die technischen Möglichkeiten, um auch zukünftig die Wärme- und Prozessdampfversorgung der Industrie- und Haushaltskunden im Kölner Norden unter ökologischen, nachhaltigen und wirtschaftlichen (bezahlbaren) Aspekten langfristig sicherstellen zu können.</p>

Beschlusscontrolling 2019

Ausschuss für Anregungen und Beschwerden

Datum der Sitzung	Vorlage-Nr.	Thema der Anregung oder Beschwerde	Beschluss / Auftrag an die Verwaltung (verkürzter Beschlusstext)	Sachstand / Bemerkung
02.07.2019	1552/2019	Preise der KVB senken, AZ.: 09/19 B	Der Ausschuss erkennt grundsätzlich den Wunsch nach niedrigeren Ticketpreisen bei der KVB und insbesondere die damit angestrebten übergeordneten Ziele an. Vor dem Hintergrund das bereits jetzt hohen jährlichen Defizits der KVB sowie der aktuellen Haushaltslage der Stadt Köln sieht sich der Ausschuss jedoch derzeit nicht in der Lage, eine Preissenkung bei der KVB anzustoßen. <b>Das äußerst komplexe Thema, das weit über die Kompetenzen und Möglichkeiten der KVB hinausgeht, sollte in einer Öffentlichkeitsbeteiligung aller Bürgerinnen und Bürger im laufenden Pilotversuch Öffentlichkeitsbeteiligung münden. Hierzu müssen alle Beteiligten (Bund, Land, Stadt Köln, Verkehrsverbände) zusammentreffen, die Bürger und Bürgerinnen vor Ort umfassend informieren und gemeinsam Lösungen erarbeiten, die in einen konkreten Arbeitsauftrag an Politik und Verwaltung münden.</b>	<b>Amt der Oberbürgermeisterin</b> Siehe Mitteilung 2685/2019 AuB 03.09.2019
02.07.2019	0399/2019	Taktverdichtung der Straßenbahnlinie 9 und der Buslinie 152, AZ.: 02-1600-93/18	Der Ausschuss bittet die Verwaltung in Zusammenarbeit mit der Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) die Optimierung des Bahn- und Busangebots im Rahmen der Umsetzung des aktuellen Nahverkehrsplans unter Beachtung <b>folgender Punkte</b> der Eingabe: <b>1. Taktverdichtung der Stadtbahnlinie 9 zwischen Ostheim und Deutz montags bis freitags in der Zeit von 8 bis 9 Uhr sowie zwischen 15 und 20 Uhr. 2. Taktverdichtung der Stadtbahnlinie 9 zwischen Königsforst und Sülz samstags zwischen 9 und 19 Uhr auf 10-Minutentakt. 3. Taktverdichtung der Linie 152 montags bis freitags zwischen 19 und 23 Uhr schnellstmöglich</b> weiterzuverfolgen. <b>Die gesamtstädtische Überprüfung des Taktschemas an Samstagen wird begrüßt.</b>	<b>Amt für Verkehrsmanagement</b> Die Beschlusslage wird in die Prüfung zum nächsten Fahrplanwechsel (Dezember 2020) mit aufgenommen. Sollte der BV-Beschluss oder Teile davon aus Sicht der Verwaltung in Abstimmung mit der KVB nicht umgesetzt werden können, so wird hierüber das nächsthöhere Gremium in der Vorlage zum Fahrplanwechsel informiert und darüber entscheiden. Üblicherweise wird der Beschluss zum jährlichen Fahrplanwechsel vor der jeweiligen Sommerpause eingeholt. „Schnellstmöglich“ ist somit frühestens der Fahrplanwechsel (FPW) 12/2020; in Abhängigkeit von Bedarf und Abwägung im stadtweiten Netz.

**Beschlusscontrolling 2019**

**Ausschuss für Anregungen und Beschwerden**

Datum der Sitzung	Vorlage-Nr.	Thema der Anregung oder Beschwerde	Beschluss / Auftrag an die Verwaltung (verkürzter Beschlusstext)	Sachstand / Bemerkung
02.07.2019	1638/2019	Stadt-Seilbahnen in und für Köln, AZ.: 02-1600-101/19	Der Ausschuss spricht sich dafür aus, zunächst die Ergebnisse aus dem Beschluss zur Erstellung einer Machbarkeitsstudie für ein Seilbahnsystem entlang des Rheins abzuwarten.	<b>Amt für Straßen und Verkehrstechnik</b> Im Verkehrsausschusses vom 26.03.2019 wurde ein Antrag zur Errichtung eines umfassenden Seilbahnnetzes („Rheinpendel“) beschlossen. (vgl. <a href="https://ratsinformation.stadt-koeln.de/to0050.asp?__ktonr=271726">https://ratsinformation.stadt-koeln.de/to0050.asp?__ktonr=271726</a> ). Im Juli 2019 wurde ein Workshop durchgeführt. Die Ergebnisse werden derzeit aufgearbeitet und danach dem Verkehrsausschuss voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte 2020 mitgeteilt. Die Mitteilung wurde auch für den AuB angefordert.
02.07.2019	1897/2019	Mosaik am Haus Kleingedankstr. 11, AZ.: 187/18	Da es sich um eine privatrechtliche Angelegenheit handelt, ist die Verantwortung der Stadt Köln sowohl in rechtlicher als auch finanzieller Hinsicht ausgeschlossen. Die Stadt Köln unterstützt einen Gesprächsrahmen zwischen allen Beteiligten (Eigentümer, Rheinischer Verein für Denkmalpflege und der Bürgerinitiative) und wird im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützend zur Seite stehen.	Eingabe erledigt
02.07.2019	0418/2019	Benutzungsordnung für die Museen der Stadt Köln; Verweigerung eines ermäßigten Eintrittspreises für Behinderte, AZ.: 02-1600-239/18	Der Ausschuss bittet die Verwaltung, die von den Petenten vorgeschlagenen Ermäßigungen für Menschen mit Behinderungen bei der Angleichung der Eintritte für Menschen mit Behinderungen in die kulturellen Einrichtungen der Stadt zu berücksichtigen.	<b>Kunst und Kultur, Referat für Museumsangelegenheiten</b> Siehe Ratsbeschlussvorlage 3220/2019 vom 12.12.2019, Die Benutzungsordnung der Museen wurde dahingehend geändert, dass nunmehr Menschen mit einer Schwerbehinderung ab einem Grad von 50% ermäßigten Eintritt (= 50% des Vollzahlertickets) in Museen haben.
02.07.2019	1591/2019	Chronik von Köln, AZ.: 58/19 B	Der Ausschuss beschließt aus den nachfolgenden Gründen die Anregung zur Wiedereinführung der sogenannten KölnChronik oder eine vergleichbare Publikation abzulehnen, da online entsprechende Inhalte zur Verfügung gestellt werden.	Ursprüngliche Eingabe abgelehnt.

**Beschlusscontrolling 2019**

**Ausschuss für Anregungen und Beschwerden**

Datum der Sitzung	Vorlage-Nr.	Thema der Anregung oder Beschwerde	Beschluss / Auftrag an die Verwaltung (verkürzter Beschlusstext)	Sachstand / Bemerkung
02.07.2019	1461/2019	Denkmalschutz geteerte Holzschuppen der Holzfirmen am Deutzer Hafen, AZ.:204/18	Der Ausschuss begrüßt den Vorschlag der Verwaltung, die Wirtschaftsgeschichte des Deutzer Hafens darzustellen und bittet hierbei um Einbeziehung der vom Petenten dargestellten besonderen Bedeutung des Holzhandels für Köln.	<b>Amt für Denkmalschutz und Denkmalpflege, Stadtkonservator</b> Im Deutzer Hafen sollen mehrere Bauwerke erhalten werden und an die Industriegeschichte des Deutzer Hafens erinnern. Dies sind u.a. die Mühlen, mehrere Kräne, das Hafenbecken, das Gebäude der Essigfabrik, das derzeitige Umspannwerk, eine Halle am Poller Kirchweg sowie die große überdachte Halle der Firma Steil an der Alfred-Schütte-Allee. Die Bauleitplanung ist in Arbeit. Der Freiraum soll im weiteren Verfahren weiter qualifiziert werden. Skulpturen oder Kunstwerke sind in dieser Maßstabsebene noch nicht vorgesehen. Skulpturen oder Installationen, die an den Hafen- und Mühlen-geschichte, aber auch an den Holzhandel erinnern, wären vor allem in den Parks oder auf den Plätzen denkbar. Es ist auch vorstellbar, begehbare oder bekletterbare Skulpturen oder Installationen im Rahmen der Spielplatzplanung vorzusehen. Der Umfang sowie die genaue Verortung und Art der Installation, außerdem deren Finanzierung und Unterhaltung müssen im weiteren Verfahren erörtert, geklärt und abgestimmt werden.
03.09.2019	2676/2019	Neue Kurzstreckentarife Ka und Kb, AZ.: 84/19 B	Der Ausschuss dankt den Petenten für ihre Eingabe, die jedoch aufgrund der in der Begründung genannten Aspekte – insbesondere der Transparenz und Gerechtigkeit – nicht weiter verfolgt wird.	Ursprüngliche Eingabe abgelehnt.
03.09.2019	1935/2019	Rederecht zu Eingaben nach § 24 GO in Fachausschüssen, AZ.:70/19	Der Ausschuss wird wie bisher in geeigneten Fällen bei der Verweisung einer Anregung oder Beschwerde gegenüber dem jeweiligen Fachausschuss anregen, der Petentin bzw. dem Petenten dort ebenfalls ein Rederecht einzuräumen.	Ursprüngliche Eingabe abgelehnt.

**Beschlusscontrolling 2019**

**Ausschuss für Anregungen und Beschwerden**

<b>Datum der Sitzung</b>	<b>Vorlage-Nr.</b>	<b>Thema der Anregung oder Beschwerde</b>	<b>Beschluss / Auftrag an die Verwaltung (verkürzter Beschlusstext)</b>	<b>Sachstand / Bemerkung</b>
03.09.2019	2498/2019	Kommunaler Insektenschutz, AZ.: 140/19	Der Ausschuss begrüßt, dass von Seiten der Verwaltung die vorgebrachten Anregungen schon aufgegriffen wurden. Die Verwaltung wird gebeten dem Ausschuss Umwelt und Grün einen Auszug aus der Niederschrift zur Verfügung zu stellen sowie Mitte 2020 die ersten Ergebnisse der Petentin und dem Ausschuss für Anregungen und Beschwerden zuzuleiten.	<b>Amt für Landschaftspflege und Grünflächen</b> Mitteilung erfolgt Mitte 2020 an AuB
29.10.2019	2920/2019	Baumkataster im Open-Data-Portal, AZ.: 02-1600-240/18	Mit der Realisierung seines Vorschlags soll entsprechend der technischen Möglichkeiten im kommenden Jahr (2020) begonnen werden.	<b>Amt für Landschaftspflege und Grünflächen</b> Inbetriebnahme bis Herbst 2020 geplant.
29.10.2019	3346/2019	Personalsituation im technischen Bereich bei der Stadtverwaltung Köln, AZ.: 164/19 B	Der Ausschuss begrüßt die in der Stellungnahme dargestellten, vielfältigen Maßnahmen, die die Verwaltung zur Verbesserung der Personalsituation im technischen Bereich bereits ergriffen hat und weiter ausbauen wird. Das Anliegen, technische Stellen funktionsabhängig pauschal anzuheben, wird aus den in der Stellungnahme angeführten Gründen nicht weiter verfolgt.	Ursprüngliche Eingabe abgelehnt.
29.10.2019	2704/2019	Reduzierung von Feinstaub und CO2 Belastung, AZ.: 02-1600-76/19	Er nimmt die Anregungen der Petentin zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die Hinweise als Anregung zur künftigen Fortschreibung des Klimaaktionsplanes und Luftreinhalteplanes aufzunehmen bzw. an die jeweils zuständigen Behörden weiterzugeben.	<b>Amt für Verkehrsmanagement</b> Eingabe erledigt.
29.10.2019	3387/2019	Umgang mit Mikroplastik im Kölner Abwasser, AZ.: 202/19 B	Der Ausschuss dankt dem Petenten für seine Eingabe. Die Stadtentwässerungsbetriebe sind mit dem Umweltministerium des Landes Nordrhein Westfalen, der RWTH Aachen und anderen Betreibern im Gespräch, um unterschiedliche Anwendungsmöglichkeiten auszuloten, die Erkenntnisse über die Eintragspfade zu vertiefen und sinnvolle Vermeidungsstrategien zu erforschen.	<b>Stadtentwässerungsbetriebe Köln</b> Die Stadtentwässerungsbetriebe sind mit dem Umweltministerium des Landes Nordrhein Westfalen, der RWTH Aachen und anderen Betreibern im Gespräch, um unterschiedliche Anwendungsmöglichkeiten auszuloten, die Erkenntnisse über die Eintragspfade zu vertiefen und sinnvolle Vermeidungsstrategien zu erforschen. Eingabe erledigt.

**Beschlusscontrolling 2019**

**Ausschuss für Anregungen und Beschwerden**

<b>Datum der Sitzung</b>	<b>Vorlage-Nr.</b>	<b>Thema der Anregung oder Beschwerde</b>	<b>Beschluss / Auftrag an die Verwaltung (verkürzter Beschlusstext)</b>	<b>Sachstand / Bemerkung</b>
29.10.2019	3482/2019	Konsequent gegen Zigarettenabfall im Stadtgebiet 13/19 und 38/19	<p><b>Beschlussentwurf:</b> Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden bedankt sich bei den Petenten.</p> <p>Die Verwaltung wird sich mit den Vorschlägen erneut beschäftigen, wenn der Verwertungsweg von Zigarettenkippen durch tobacycle offen gelegt wurde. Das Verwarnungs- und Bußgeld für das Weg-werfen von Zigarettenkippen wurde zwischenzeitlich erhöht.</p>	<p><b>Beschlussvorlage wurde vertagt.</b> Petent zu 13/19 wollte weitere Unterlagen einreichen. Auf Nachfrage teilt der Petent mit, dass er zu gegebener Zeit wieder auf die Geschäftsstelle zukommt.</p>
03.12.2019	2673/2019	Klimanotstand und Kölner Lichter, AZ.:168/19 B	<p>Die Verwaltung wird gebeten,</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. ihre Bemühungen in Zusammenarbeit mit dem Veranstalter hinsichtlich umwelt- und gesundheitsfreundlicher Alternativen bei der Durchführung der Kölner Lichter fortzusetzen.</li> <li>2. zu prüfen, welche Möglichkeiten sie grundsätzlich hat, um (Groß-) Veranstaltungen, wie die Kölner Lichter, umwelt- und klimafreundlicher und/oder klimaneutral zu gestalten. Hierbei soll ein besonderer Fokus auf die Bereiche Verkehr- und Abfallvermeidung gelegt werden. Das Prüfergebnis wird dem Ausschuss für Anregungen und Beschwerden sowie dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsvergabe / Vergabe / Internationales zur Kenntnis vorgelegt.</li> </ol>	<p><b>Koordinationsstelle Klimaschutz</b> Die verwaltungsinterne Prüfung ist noch nicht abgeschlossen, da rechtliche Erwägungen und Möglichkeiten noch geprüft werden müssen, inwieweit die Stadtverwaltung etwaige Vorgaben für die Veranstalter vorgeben kann. Der Verwaltung liegt ein Antrag des Veranstalters vor, aber noch keine weitergehenden Unterlagen. Ein Gesprächstermin musste wegen der Corona-Epidemie abgesagt werden.</p>
03.12.2019	3419/2019	Förderung E-Fahrzeuge, AZ.: 159/19 B	<p>Im Hinblick auf die in der Stellungnahme der Verwaltung dargelegten Erläuterungen wird eine städtische Förderung von Elektroleichtfahrzeugen der EG-Klassen L1e bis L7e, einer Ladeinfrastruktur und Beratungsleistungen zum Thema Elektromobilität jedoch abgelehnt. Ergänzend wird auf die in der Begründung der Beschlussvorlage genannten Leistungen der Stadtwerke und weiterer Institutionen im Hinblick auf die Beratung und den Ausbau der Ladeinfrastruktur hingewiesen.</p>	<p><b>Dezernat Mobilität und Verkehrsinfrastruktur (Dez. VIII)</b> Ursprüngliche Eingabe abgelehnt.</p>

**Beschlusscontrolling 2019****Ausschuss für Anregungen und Beschwerden**

<b>Datum der Sitzung</b>	<b>Vorlage-Nr.</b>	<b>Thema der Anregung oder Beschwerde</b>	<b>Beschluss / Auftrag an die Verwaltung (verkürzter Beschlusstext)</b>	<b>Sachstand / Bemerkung</b>
03.12.2019	3948/2019	Schaffung eines Referates "Stadtgeschichte", AZ.: 185/18	Weiterhin beschließt der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden die Bürgereingabe nicht weiter zu verfolgen. Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden bestätigt seinen Beschluss vom 19.03.2019 (Session-Nr. 3525/2018) Die Verwaltung wird in Kürze den Petenten und dem Ausschuss für Anregungen und Beschwerden einen entsprechenden Bericht über die bisherigen Maßnahmen dazu vorlegen. Weiterhin weist der Ausschuss die Kulturverwaltung darauf hin, dass sie bei ihrer Marketingstrategie die Kritik des Petenten an der Außendarstellung, der Darstellung der bedeutenden Denkmäler und historischen Orte berücksichtigen möge. Darüber hinaus wird die Verwaltung gebeten, einen kompetenten Ansprechpartner für die Hobbyhistoriker zu benennen.	<b>Amt für Kunst und Kultur</b> Siehe Mitteilung 0543/2020 AuB Sitzung 17.03.2020 bzw. 23.06.2020
03.12.2019	3213/2019	Hochbahntrasse für Stadtbahnlinie 7, Az: 219/19	Der Ausschuss spricht sich dagegen aus, die Stadtbahnlinie 7 ab der Deutzer Brücke am rechtsrheinischen Ufer als Hochbahntrasse weiter zu verfolgen. Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden weist auf massive Probleme im Zuge der weiteren Bebauung insbesondere des Deutzer Hafens hin und bittet die Verwaltung nachdrücklich ein Verkehrskonzept für die Linie 7 zu erarbeiten.	<b>Amt für Brücken, Tunnel und Stadtbahnbau</b> Zur Zeit werden Unersuchungen vorgenommen im Zusammenhang der Erschließung des Deutzer Hafen Richtung Bf Messe/Deutz (Linie 8). Hier soll auch die Linie 7, die zusätzlich rechtsrheinisch als Linie 8 Rtg. Bf Messe/Deutz fahren könnte, in Poll geprüft werden. Ein Ergebnis der Untersuchung wird im Sommer/Herbst 2020 erwartet.